

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Einfache Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Tageblatt

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volkschichten
Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Betriebswirtschaftliche Beilage
Schriftstelle Bischofswerda, Altmark 15. — Druck und Verlag von Friedrich May G. m. b. H. in Bischofswerda. Fernsprecher Nr. 444 und 445

Erste Innungswelle: Jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Preis für einen halbjährlichen Abonnement 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pf. Einzelnummer 15 Pf. — Alle Postenflutten, sowie unsere Zeitungsaussteller und die Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Postleitzettel: Post Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgeschäftsstelle Bischofswerda Rente Nr. 84.

Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Sitzung des Betriebes der Zeitung oder der Besiedlungseinheiten — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Goldmark): Die 48 mm breite einspalige Grundseite 25 Pf., doppelseitige Anzeige 20 Pf., die 90 mm breite Reklameseite (im Textteil) 70 Pf. Zahlung in Papiermark zum amtlichen Briefkurs vom Zahltag, jedoch nicht später als zum Kurs vom Tage der Redaktion. — Rabatt nach Tarif. Die Sammelanzeigen kostet. Auskünfte: Eröffnungsstadt Bischofswerda

Nr. 12

Freitag, den 15. Januar 1926.

81. Jahrgang

Tagesschau.

* Der Auftrag an Dr. Luther zur Reibildung des Reichskabinette ist am Mittwoch vom Reichspräsidenten erfüllt worden.

* Die Deutsche Goldbiskontobank hat der Rentenbankdirektion eine Vereinbarung angeboten, die dieser die Gewährung eines drei- bis fünfjährigen hypothekarischen Zwischenredits an die deutsche Landwirtschaft ermöglichen soll. Die Rentenbankdirektion hat die Vorschläge angenommen.

Reichspräsident v. Hindenburg wird voraussichtlich die am 28. Februar beginnende Leipziger Frühjahrsmesse besuchen.

* Nach Meldungen aus englischer Quelle hat der Untersuchung der Botschaftskonferenz beschlossen, die dritte Rheinlandzone mit 75 000 Mann zu besetzen, was eine Verlegung der Locarnoerträge bedeuten würde.

Zu den mit * bezeichneten Meldungen finden die weiteren Ausführungen an anderer Stelle.

nischen Nordgrenze auf den Kamm des Karwendelgebirges. Man will in Innsbruck, "dem Sitz der Südtirolerirredenta" Ordnung schaffen, man will von dort aus besser München kontrollieren, das sich seiner unter der faschistischen Knute aufseufzenden bajuwarischen Stammesbrüder zu viel erinnert und sich ihrer völkischen Not in einer der römischen Regierung nicht genehmen Weise annimmt. Drohte doch die führende "Idea nazionale" vor kurzem im Hinblick auf die deutsche Pressekampagne zugunsten Südtirols mit dem Vorwurf: "Deutschland muss begreifen, daß Italien eine Großmacht sei, sonst erfolge ... eine neue Abrechnung zu seinem Schaden".

Wir zweifeln nicht daran, daß das apenninische Königreich, nicht zuletzt unter den Fittichen des Dreieckes, zur Großmacht herangewachsen ist; wir können aber nur nicht begreifen, daß eine Großmacht, die sich noch dazu ständig auf ihre liberalen, freiheitliebenden Überlieferungen beruft, wie es das heutige Regno tut, den ihr zwangsmäßig angegliederten Spätter der deutschen Nation in einem jedem göttlichen und menschlichen Rechte hohnsprechender Art behandelt.

Jedenfalls haben die heute unter italienischer Oberherrschaft stehenden Deutschen Österreichs am meisten zu leiden. Und das will viele sagen. Denn die in Slowenien eingegliederten deutschen Steirer und Kärntner können über die ihnen seitens der jugoslawischen Machtgabe zukommende Behandlung ebenso ein trauriges Bild singen, wie ihre, unter dem italienischen Dache nahezu zusammenbrechenden Brüder.

Wenn wir auch seinerzeit die Waffen frühzeitig und

übereilt an die Wand gestellt und es daher verwirkt haben,

heute in schwimmernder Wehr dem Martyrium unserer Brüder im Auslande ein Ende zu bereiten, so haben wir es

noch immer in der Hand, auf andere Weise ihre Leiden

zu mildern und ihnen ein halbwegs erträgliches Leben bis

zur Stunde zu sichern, in der auch ihre Befreiung erfolgen wird. —

Weiden wir die Länder, die deutsches Fleisch und deut-

isches Blut befrücken; besiegen wir nicht ausgerechnet von dort Erzeugnisse, die auch anderswo und in gleicher Qualität erhältlich sind!

Dies gilt vor allem von Italien. Will das deutsche Volk, das heuer nach römischen Quellen fast 700 Millionen Lire im Lande des Faschismus, wo das deutsche Leid herrscht, verzehre, auch weiterhin seinen Sparpfennig der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage eines Staates widmen, der die deutschen Südtiroler nachgerade als vogelrei betrachtet?

Müssen wir denn weitere Südtiroler, Blumen

zur Winterszeit, fröhligem ausgerechnet aus dem

apenninischen Königsreiche beziehen?

Gar bald würde sich die Lage unserer Brüder südlich des Brenners verändern, wenn das deutsche Volk im Reiche und in der Ostmark in seinen Erholungsfahrten und auch im Hinblick auf seine wirtschaftliche Versorgung sich — wenn auch nur vorübergehend — von Italien abwenden möchte.

Rom, 14. Januar. (Drahb.) In Südtirol ist eine neue faschistische Organisation, die Brennerwacht, gegründet worden, die sich die schärfste Italienisierung der Grenzlande, vor allem Südtirols, zum Ziel gesetzt hat. Nach einer weiteren Meldung des Blattes aus Innsbruck ist gestern im Tiroler Landtag eine Interpellation über das Verhalten des Innsbrucker Italienischen Konsulats eingebracht worden. Die Landesregierung soll die Bundesregierung verlassen, bei der Italienischen Regierung Einpruch zu erheben und gleichzeitig über die wahren Absichten nähere Auskunft einzuholen.

"Wo bleibt der Geist von Locarno?"

Belgrad, 14. Januar. (L.-U.) Im Finanzausschuss des Parlaments kam es gestern bei der Beratung des Staats zu heftigen Kundgebungen gegen die Regierung, da der Finanzminister erklärte, daß die Hälfte der gesamten Staatsausgaben für das Kriegs- und Finanzministerium entfielen. Die Opposition wandte sich scharf gegen die gewaltigen Ausgaben für Kriegszwecke. Verschiedene Redner riefen: "Wo bleibt der Geist von Locarno?". Ein Regierungsvertreter gab darauf die Erklärung ab, daß das Land stets auf einen Krieg vorbereitet und gut bewaffnet sein müsse.

Eine neue Regierung Luther.

Berlin, 14. Januar. Der Reichspräsident hat gestern mittag 12 Uhr den Reichskanzler Dr. Luther mit der Neuordnung eines neutralen Kabinetts der Mitte beauftragt, nachdem durch eine sehr klare Entscheidung der Sozialdemokratie, die deren Verantwortungsherrn deutlich zeigt, die Bildung der Großen Koalition endgültig für den jetzigen Reichstag erledigt ist.

Dr. Luther hat sich um vier Uhr nachmittags im Reichstag mit den Führern verschiedener Parteien in Verbindung gebracht. Man nimmt in parlamentarischen Kreisen an, daß der Reichskanzler zunächst einmal feststellen wird, ob für ein neutrales Kabinett der Mitte die notwendigen verfassungsmäßigen Voraussetzungen gegeben sind, und ob dieses Kabinett auf eine ziffernmäßige Mehrheit rechnen kann, wenn über ein Vertrauensvotum oder über eine Billigungsformel nach der Regierungserklärung abgestimmt wird.

Man rechnet damit, daß sich die Deutschnationalen und die Sozialdemokraten bei der ersten Billigungsformel der Stimme enthalten werden.

Über Personalfragen soll erst am Donnerstag verhandelt werden. Es bestätigt sich, daß die bisherigen Minister voraussichtlich ihre Amtswürde beibehalten werden, ob wohl der Reichswehrminister

den Wunsch ausgesprochen hat, von seinem Posten zurückzutreten. Der Reichspräsident und der Reichskanzler legen aber beide großen Wert auf die weitere Führung des Reichswehrministeriums durch Dr. Gehrer. Ferner sind gewisse Bestrebungen im Gange, im Ernährungsministerium eine Neubesetzung einzutreten zu lassen. Die Frage, wer in

die vier neu zu besetzenden Ministerien des Innern, der Finanzen, der Justiz und der Wirtschaft berufen wird, ist noch offen. Von bestunterschreiter Seite wird erklärt, daß auch die als sicher angesehene Besetzung des Finanzministeriums mit dem ländlichen Finanzminister Dr. Reinhold noch nicht entschieden ist, ebenso ist die Belegung des Innensenministeriums noch offen. Man spricht davon, daß der Abgeordnete Koch nicht geneigt sei, für seine Partei an der neuen Regierung teilzunehmen. Untererhöht hört man aus deutschnationalen Kreisen, daß die deutschnationalen Freiheit einem Kabinett, dem sowohl der Abgeordnete Koch als auch der Abgeordnete Marg angehören würde, von vornherein mit großem Misstrauen gegenüberstehen würde. Es ist anzunehmen, daß noch einige Tage vergehen werden, ehe das Kabinett Luther definitiv zustande kommt.

Abwartende Haltung des Zentrums.

Berlin, 13. Januar. (Drahb.) Die Reichstagsfraktion des Zentrums hat sich heute abend in mehr als dreistündiger Fraktionsitzung mit der politischen Lage beschäftigt, die durch den Auftrag zur Regierungsbildung an Dr. Luther geschaffen worden ist. Zu einer Beschlusssitzung gelangte die Fraktion jedoch noch nicht. Sie macht vielmehr ihre Entscheidung von dem Ausfall der Verhandlungen über die jüngsten Voraussetzungen für den Eintritt von Zentrumsmitgliedern in das Kabinett abhängig. Mit diesen Verhandlungen ist der Fraktionsvorsitzende Lehrenbach beauftragt worden, der sich morgen zu diesem Zweck zu Dr. Luther begibt. Nach den Verhandlungen Lehrenbachs mit Luther gedenkt die Fraktion endgültig ihre Entscheidung fassen zu können. Die Personalfragen sind in der heutigen Fraktionsitzung noch nach keiner Richtung berührt worden.

Die Demokraten für Teilnahme an der Regierung. — Die Wirtschaftspartei lehnt ab.

Berlin, 13. Januar. (Drahb.) Die Demokratische Reichstagsfraktion nahm am Mittwoch abend den Bericht des Vorsitzenden Koch über die Unterredung mit dem Reichspräsidenten entgegen. Die Fraktion stellte sich nach eingehender Debatte einmütig auf den Standpunkt, daß sie die Demokraten an der Kabinettbildung beteiligen müssen, da sie nicht so leicht wie die Sozialdemokraten sich der Verantwortung entziehen dürfen.

Von der Wirtschaftlichen Vereinigung wurden die Abgeordneten Breit und Drewitz vom Reichskanzler empfangen. Die Wirtschaftliche Vereinigung konnte einer Aufforderung, in das Kabinett einzutreten, wegen des Gescheitwurzes über den Preisabfall, gegen den das Handwerk schweren Widerstand erhoben.